

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Bismarck-Straße 20/21
Telefon: 10011
Erlaubnis des Königl. Statist. Bureaus
Dresden - N. 1, Bismarckstraße 20/21

Druckerei: Nachrichten Dresden
Bismarck-Straße 20/21
Telefon: 10011
Erlaubnis des Königl. Statist. Bureaus
Dresden - N. 1, Bismarckstraße 20/21

Druck u. Verlag: Dieckhoff & Kerschke
Dresden, Bismarck-Straße 10/11
Telefon: 10011
Erlaubnis des Königl. Statist. Bureaus
Dresden - N. 1, Bismarckstraße 20/21

Schlechte Aussichten der Tributkonferenz

Berschleppung um sechs Monate?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Jan. Ueber die Aussichten der Reparationskonferenz sind recht merkwürdige Gerüchte im Umlauf, aber die bisherige Verhandlung noch nicht herbeigeführt werden konnte. Es heißt, daß Besprechungen im Gange seien, die

Reparationskonferenz überhaupt um sechs Monate hinauszuschieben.

Darüber wird jetzt zweifellos zwischen Paris und London eine Einigung gesucht. Im Zusammenhang mit diesen Bemühungen hat auch die Reile, die der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Verhelot, nach London unternommen hat. „Leit Parisien“ behauptet bereits, es habe sich seitdem Verhelot in London war, der Standpunkt der englischen und französischen Regierung in der Reparationsfrage recht merklich geändert.

So daß England jetzt bereit sei, mit einer provisorischen Lösung der Reparationsfrage, das heißt mit mehr oder minder langem Moratorium für die Youngschulden, sich zu begnügen.

Man kann nur wünschen, daß bei dieser Information der Wunsch der Vater des Gedankens ist und daß sie nicht den Tatsachen entspricht. Deutschland besteht bekanntlich auf einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage, die inhaltlich auf völlige Streichung weiterer Reparationszahlungen hinausläuft. Provisorische Lösungen, die doch nur dazu dienen können, den völlig erledigten Youngplan künstlich am Leben zu erhalten, müssen von vornherein von Deutschland abgelehnt werden. Es geht also auch auf dem Gebiete der Reparationsfrage neuerlich eine ungeheure französische Aktivität, der deutscherseits mit Entschiedenheit entgegengetreten werden sollte.

Zweifellos steht im Zusammenhang mit diesen Ruffen vorzügen um die Reparationskonferenz eine Besprechung, die noch Ende dieser Woche beim Reichskanzler in Berlin stattfinden soll.

Dr. Brüning hat nämlich die Botschafter v. Doersch (Paris), v. Neurath (London) und v. Schubert (Rom) gebeten, sofort zu einer informierenden Besprechung nach Berlin zu kommen.

In dieser Besprechung will sich Dr. Brüning nochmals genauestens über den Stand der Dinge informieren. Es wird in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß es nicht so sicher sei, daß der Reichskanzler persönlich an der Lausanner Konferenz teilnehmen werde. Viel beachtet wird in Berlin das Eintreffen des amerikanischen Botschafters in Paris, Edge, der dem französischen Botschafter François Poncet einen Besuch abstattete. François Poncet begibt sich in den nächsten Tagen nach Paris. Edge will noch einige Tage in Berlin bleiben. Der amerikanische Botschafter Sackett gibt ihm zu Ehren morgen ein Frühstück, zu dem auch Reichskanzler Dr. Brüning eingeladen ist.

Unterredung v. Doersch - Handin

Paris, 6. Jan. Cavaas berichtet, daß die Unterredung, die der deutsche Botschafter gestern mit Caval und Handin hatte, der Vorbereitung der Reparationskonferenz galt. Nachdem man sich, wie die Agentur behauptet, in Berlin auf die Verlängerung der eingestorenen Kredite um ein Jahr geeinigt habe, stehe dem Zutritt der Reparationskonferenz nichts mehr im Wege. Die französische Regierung sei grundsätzlich geneigt, Deutschland ein Moratorium, jedoch nicht über den 1. Juli 1934 hinaus, zu gewähren, unter der Bedingung, daß die ungeschützten Youngannuitäten von Deutschland weitergezahlt würden, wobei Deutschland wie beim Gouernamatorium die Möglichkeit hätte, über diese Summen in Form von Anleihen an die Reichsbahn zu verfügen.

Frankreichs Sabotageattentat

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Jan. Die bereits gestern von uns gemeldeten neuen französischen Versuche, Deutschland mit einer abermaligen Militärkontrolle zu belästigen, finden ihre Bestätigung in einem Artikel des als gut unterrichtet geltenden „Journal de Geneve“, dessen Pariser Berichterstatter gleichzeitig Außenpolitiker der französischen Zeitung „Journal des Debats“ ist. Das „Journal de Geneve“ teilt nämlich mit,

daß in französischen Kreisen die Absicht bestehe, gleich zu Beginn der Abrüstungskonferenz, und zwar sobald die Arbeiten der Konferenz organisiert sind, den Antrag auf Untersuchung des tatsächlichen Standes der deutschen Rüstungen der Konferenz vorzulegen.

Eine derartige Untersuchung würde sich auf den Artikel 213 des Versailler Vertrags stützen, der ausdrücklich vorsehe, daß der Völkerbundrat jederzeit, und zwar mit einfacher Mehr-

heit eine Untersuchung des Rüstungsstandes Deutschlands anordnen könne. Diese „Investigation“, so fährt das Blatt fort, die naturgemäß außerordentlich ernst sein würde, würde

geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Die Abrüstungskonferenz werde sodann ihre Arbeiten bis zur Beendigung der Untersuchung des deutschen Rüstungsstandes unterbrechen. Auf diese Weise könnten die Schwierigkeiten praktischer Natur überwunden werden. Es stehe allerdings noch nicht endgültig fest, ob diese Absicht durchgeführt würde. Jedoch müsse ausdrücklich das Bestehen dieser Absichten festgestellt werden.

Diese Mitteilung des „Journal de Geneve“ bestätigt also unsere gestrigen Mitteilungen und gibt einen Vorgeschmack dafür, in welchem Maße Frankreich die Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz zu führen beabsichtigt. In erster Linie kommt es aber wohl darauf an, auf irgendeine Weise eine

Einverständnis der Abrüstungskonferenz zu erzielen,

da es sich gerade auf diesem Gebiete stark isoliert fühlt. Daß Deutschland unter gar keinen Umständen eine neue Militärkontrolle dulden würde, kann als sicher gelten. Sollten die Franzosen wirklich den beabsichtigten Investitionsausbruch verlangen, so müßte das als eine unerhörte Provokation bezeichnet werden, der mit den schärfsten Mitteln entgegengetreten werden müßte.

Höchste Gefahr im Muldengebiet

Dammbruch bei Dollnitz

Dessau, 6. Jan. Die Hochwasserlage hat sich weiter verschärft. Die Gefahr ist aus der Höhe zu sehen. Die Orte Jehnitz und Raguhn sind von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Der Wasserstand, einem Stadteil von Dessau, droht die größte Gefahr. Sämtliche Jugmannschaften sind eingeleitet worden, um die Dämme zu schützen. Bei Dollnitz ist der Damm bereits gebrochen.

Auch die Technische Rothkeule von Halle, Bitterfeld und Dessau ist alarmiert. Verschiedene Wehre und Mägen stehen bereits unter Wasser. Seit den frühen Morgenstunden heulen die Sirenen und läuten die Sturmglöden.

Für die Berechnung der Flutwelle reichen die Tabellen der anhaltischen Wasserbauverwaltung nicht aus, da das Hochwasser höher steigt als in den Hochwasserjahren 1897 und 1909. Auf der Kreisstraße Dessau - Köhler steht das Wasser in einer Breite von etwa fünf Kilometern. Die Hochwasserwelle der Mulde nähert sich jetzt dem sogenannten Wörlitzer Winkel, der Einmündung der Mulde in die Elbe unterhalb von Dessau. Die Gefahr wird dadurch erhöht, daß die Flutwelle sich hier mit der Hochwasserwelle der Elbe trifft.

Vorstellungen der Reichsparteien bei der künftigen Regierung

Dresden, 6. Jan. Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Seigert (Wahlk. Chemnitz) hat an Minister-

Neuer Angriff auf das englische Pfund

London, 6. Januar. „Daily Herald“ meldet, daß ein neuer französischer Angriff auf das englische Pfund unmittelbar bevorstehe. Die letzten Tage hätten deutlich gezeigt, daß die französischen Banken ihre Guthaben aus London zurückziehen wollten. Diese Bewegungen würden in den nächsten Tagen einen großen Umschwung annehmen, und es bestiehe aller Grund zu der Annahme, daß sie eine taktische Vorbereitung der Tributkonferenz seien. Die City sei allerdings der Ansicht, es wäre zu begrüßen, wenn die Guthaben französischer Banken baldmöglichst zurückgezogen würden, da eine Stabilisierung der Währung unmöglich sei, solange die französischen Guthaben noch in London lägen.

Hoover ruft eine Währungskonferenz ein?

London, 6. Januar. Einer New Yorker Meldung der „Daily Mail“ zufolge ist Hoover bereit, eine Währungskonferenz einzuberufen, falls England dies wünsche und England, Frankreich und Deutschland noch Absicht der Tributverhandlungen deshalb an ihn herantreten sollten.

Washington, 6. Jan. Senator Borah hat gestern einen Gesetzesantrag eingebracht, durch den auswärtige Regierungen ermächtigt werden sollen, ihre Schulden an die Vereinigten Staaten in Silber zu bezahlen. Borah hat aber ausdrücklich bemerkt, daß er nicht der Urheber des Antrages sei.

präsident Schied ein Telegramm gerichtet, in dem die Regierung, ohne einen Landtagsbeschluss abzuwarten, um Hilfe für die Hochwassererschädigten ersucht wird. Besonders groß seien die Schäden im Gebiete der Erzgebirgsflüsse.

Die Deutsche Volkspartei hat im Landtag folgende Anfrage eingebracht:

Durch den ungewöhnlichen Witterungsumschwung sind namentlich im Erzgebirge vielfache erhebliche Hochwassererschäden an Gebäuden, gewerblichen und landwirtschaftlichen Anlagen eingetreten, die zu beheben den einzelnen Betroffenen nicht in jedem Falle möglich sein wird. Wie fragen die Regierung, was sie zu tun gedenkt, um angesichts der ohnehin herrschenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten die entstandenen Schäden beseitigen zu helfen?

Die Elbe steigt in Dresden weiter

Moldau und Eger im Fallen

Die Elbe ist in der Nacht zum Mittwoch noch weiter angeschwollen. Während am Dienstagabend am Dresdner Pegel an der Augustusbrücke noch 0,35 Meter über Null gemessen wurden, betrug der Wasserstand heute früh 8 Uhr bereits 1,55 Meter über Null. Bis 11 Uhr war das Wasser auf 1,78 Meter gestiegen.

Die schmutzgelben Fluten schieden sich gerade an den Elbsal am Terrassenufer zu überschreiten.

Auf Neustädter Seite liegen die Gärten schon zum größten Teile unter Wasser. Weiter dürfte im Laufe des



Das Hochwasser in Sachsen

Die aus den Ufern getretene Mulde hat nördlich von Colditz das ganze Tal überschwemmt, und man glaubt infolgedessen einen Riesensee vor sich zu sehen. Blick von Kötzberg gegen die überfluteten Gänge von Großsermuth

Phot. Lohrich